

Zürich



Nespresso-Zwang im Lehrerzimmer

Beschaffungen In vielen Stadtzürcher Pausenräumen stehen die umstrittenen Kapselkaffeemaschinen von Nestlé. Es gebe keine Alternative, sagt die zuständige Stelle der Stadt.

Corsin Zander

Die Stadt Zürich will zur «Fair-Trade-Town» werden und schreibt sich Nachhaltigkeit auf die Fahne. Beim Kaffee für ihre Mitarbeiter setzt sie jedoch zu einem grossen Teil auf den umstrittenen Nespresso-Kapselkaffee von Nestlé.

Dies sorgte jüngst im Lehrerzimmer einer Zürcher Primarschule für Ärger. Die Mahlmaschine ist hier in die Jahre gekommen und die Lehrerinnen und Lehrer beantragten bei der Abteilung Immobilien Stadt Zürich (Immo) Ersatz. Diese Abteilung beschafft für alle städtischen Angestellten die Kaffeemaschinen. Man könne nur eine Nespresso-Kapselmaschine liefern, beschied die Immo den Lehrpersonen.

«Nicht nachhaltig»

Eine Lehrerin ärgert sich: «Wir müssen unseren Kaffee selber bezahlen, dann wollen wir auch bestimmen können, was wir trinken.» Die Nespresso-Kapseln seien nicht nachhaltig, und der Kaffee entspreche nicht den Fair-Trade-Standards. Das Nestlé-Unternehmen ist umstritten, weil es die eigene Ökobilanz der Kaffeeproduktion geheim hält und wenig Kaffee in vergleichsweise viel Aluminium verpackt.

Die Begründung für den Nespresso-Zwang findet sich in den zahlreichen städtischen Richtlinien und Reglementen. Etwa im «Standardsortiment für Kaffeemaschinen» der Immo. Darin sind acht verschiedene Raumtypen festgehalten, in denen es Kaffee gibt – aufgeteilt nach der Anzahl der Benutzer. Für den Typ «Serviceraum/Lehrerzimmer bis 25 Mitarbeitende» gab es bis 2018 eine Auswahl zwischen einer Nes-

presso-Maschine für 1700 Franken und einer Mahl Kaffeemaschine von Saeco für 3000 Franken. Letztere wird seither aber nicht mehr hergestellt. Deshalb sei die Nespresso-Maschine im Business-Bereich die einzige, die noch auf dem Markt verfügbar ist, sagt die Immo. Es gibt zwar eine Reihe weiterer Maschinen, doch diese verfügen entweder nicht über einen direkten Wasseranschluss (Hygienevorschrift) oder sie sind zu teuer für 25 Mitarbeitende. Die teuerste Maschine ist übrigens die Aguilá 420 Pro von Nespresso für 20 000 Franken, sie kommt bei «Cafeteria/Restaurant/Mensa ab 300 Mitarbeitenden» zum Einsatz.

Bis 50 Maschinen pro Jahr

Die Beschaffung von Kaffee beschäftigt die Stadtverwaltung seit Jahren immer wieder. Bereits 2006 wollten Bastien Girod (da-

mals noch grüner Gemeinderat) und sein Parteikollege Matthias Probst in einer schriftlichen Anfrage unter anderem wissen: «Wie viel Kaffee wird in der städtischen Verwaltung und den städtischen Betrieben noch nicht vom fairen Handel bezogen?»

Die Antwort zeigte: Einzig das Gesundheits- und Umweltschutzdepartement (GUD) bezieht im grössten Stil Kaffee aus fairem Handel. Daran hat sich bis heute wenig geändert. Noch immer ist das GUD das einzige Departement, das die Beschaffung von Kaffee ausschreibt. Zuletzt 50 Tonnen jährlich für die Stadtspitäler, Alters- und Pflegezentren sowie die städtischen Personalcafeterias. Das GUD bestellt unterschiedliche Arten Kaffee, 56 Prozent sind aus fairem Handel. In den anderen Departementen organisieren sich die Mitarbeiter selbst und kaufen Kaffee, je

nachdem welche Maschine in ihren Pausenräumen steht.

Pro Jahr kauft die Immo rund 30 bis 50 neue Kaffeemaschinen. Einen Überblick, wie viele Maschinen welcher Art in Betrieb sind oder wie viele Räume der einzelnen Typen es gibt, hat die Immo nicht. Zu den Lehrerzimmern der 120 städtischen Schulanlagen kommen noch Servicerräume von Teams mit weniger als 25 Mitarbeitenden hinzu. Sie alle haben keine Möglichkeit, Nespresso auszuweichen. «Ich würde ja meine eigene Kaffeemaschine ins Büro mitnehmen, damit ich Kaffee aus fairem und nachhaltigen Handel trinken kann», sagt eine Mitarbeiterin aus der Stadtverwaltung. Doch dies ist gemäss Hausordnung verboten. Wegen Energiesparmassnahmen dürfen private Kaffeemaschinen ebenso wenig aufgestellt werden wie elektrische Heizöfen

oder Luftbefeuchter. Ausnahme bilden die Vorzimmer der Stadträte, sie sind mit eigenen Kaffeemaschinen ausgestattet.

Unverständnis bei Grünen

So bleibt den Lehrpersonen und anderen städtischen Mitarbeitern nichts anderes übrig, als Kapselkaffee zu trinken. Dieser Nespresso-Zwang könnte sich aber bald ändern. Es sei absehbar, dass in diesem Jahr neue Maschinen auf den Markt kommen, sagt die Immo. Deshalb liege eine Ausschreibung für sämtliche Kaffeemaschinen bereit. Sie soll in den nächsten Wochen publiziert werden. Auch da werden neben Mahl- auch Kapselkaffeemaschinen ausgeschrieben. Aus ökologischer Sicht sei dies vertretbar, sagt die Immo. In der Stadtverwaltung verwende man nicht die aus dem Privatgebrauch bekannten Aluminiumkapseln, sondern Business-Pads von Nespresso. Diese könne man im normalen Abfall entsorgen.

Matthias Probst, der noch heute die Grünen im Gemeinderat vertritt und seit 2006 mehrere Vorstösse zur Nachhaltigkeit eingereicht hat, zeigt wenig Verständnis dafür, dass die Stadt auf Nespresso setzt. Wolle die Stadt das Ziel der 2000-Watt-Gesellschaft wirklich ernsthaft verfolgen, müsse sie viel Konsequenzen sein. Das beginne beim Kaffee, gehe aber noch viel weiter: «Beispielsweise ist der Bio-Anteil bei den Esswaren noch immer erschreckend klein», sagt Probst. Bezüglich der Nachhaltigkeit habe die Stadt noch viele Baustellen. Im Gemeinderat möchte er sich auch in Zukunft für ein ökologisches Zürich einsetzen – vielleicht sogar mit einem Vorstoss zu den Kaffeemaschinen.

Wie sich die Stadt um nachhaltige Beschaffungen bemüht

Spätestens seit das Zürcher Stimmvolk vor über zehn Jahren in der Gemeindeordnung einen Nachhaltigkeitsartikel verankert hat, bemüht sich die Stadt Zürich um ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit. Dafür hat sie Leitbilder, Strategien und Richtlinien erarbeitet.

Konkret bedeutet dies, dass bei der Vergabe von Aufträgen für Material und Dienstleistungen oder bei Bauprojekten Nachhaltigkeit ein bestimmendes Kriterium dafür ist, welcher Anbieter den Zuschlag erhält. Schafft die Stadt etwas für über 100 000 Franken an, muss der Auftrag in der Regel ausgeschrieben werden. Dann können sich sämtliche Anbieter aus dem In- und

Ausland für den Auftrag bewerben. Die Stadt entscheidet sich für eines der eingegangenen Angebote. Dabei spielt der Preis die wichtigste Rolle, aber auch die Nachhaltigkeit wird als Faktor mit einbezogen. Die eingekauften Güter sollen eine möglichst geringe negative Auswirkung auf die Umwelt haben und möglichst wenig natürliche Ressourcen verbrauchen.

Lange Zeit regelte jedes Departement die Beschaffung eigenständig, wobei sich grosse Unterschiede ergaben. Seit einigen Jahren verstärkt die Fachstelle Beschaffungskoordination die Bemühungen, die einzelnen Verantwortlichen näher zusammenzubringen. Zudem unter-

stützt die Abteilung Umwelt- und Gesundheitsschutz Zürich (UGZ) die zuständigen Stellen. Sie analysieren bei Beschaffungen etwa die Umweltrelevanz oder bewerten Umweltlabels.

Wie erfolgreich diese Bemühungen sind, lässt sich bisher schwer messen. Bereits vor fünf Jahren entschied sich der Stadtrat für den Aufbau eines Kontrollsystems. Es sollte die Kenndaten der ökologischen Nachhaltigkeit erfassen und mit wirtschaftlichen und sozialen Aspekten zusammenführen. Doch das sogenannte Beschaffungscontrolling befindet sich noch immer erst im Aufbau, heisst es bei der Stadt auf Anfrage. (zac)

Der Mittelstand bezahlt im Kanton wenig Steuern

Studie Zürich ist ein attraktiver Steuerkanton – allerdings nicht für alle.

Zürich hält im Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen weiterhin gut mit. Das zeigt der neueste Steuerbelastungsmonitor des Forschungsinstituts BAK Basel, das den Monitor seit 2007 jährlich herausgibt. Nach der aktuellsten Ausgabe belegt der Kanton Zürich bei den Einkommenssteuern wie im Vorjahr Rang 10 aller 26 Kantone. Damit liegt die steuerliche Belastung leicht unter dem Landesdurchschnitt. Sie ist im letzten Jahr sogar nochmals leicht gesunken.

Gemäss der Studie sind dafür die Prämienverbilligungen verantwortlich. Denn der Kanton Zürich hat aus Spargründen die Einkommensgrenzen im letzten Jahr gesenkt. Dies hat zur Folge, dass Personen aus dem unteren Mittelstand mehr für die Krankenkassenprämien abziehen dürfen, die sie ja neu selber bezahlen müssen. Ob das Sparen bei den Prämienverbilligungen möglich bleibt, ist allerdings nach dem soeben veröffentlichten Bundesgerichtsentscheid fraglich. Das Gericht hatte diese Praxis im Falle des Kantons Luzern als nicht legitim beurteilt. Zudem sammelt die CVP im Kanton Zürich Unterschriften für eine Volksinitiative. Sie will das Sparen bei den Prämienverbilligungen untersagen.

Zwischen 3. und 8. Rang

Gemäss Steuerbelastungsmonitor ist der Mittelstand mit einem Bruttoeinkommen zwischen 60 000 und 200 000 Franken im Kanton Zürich gut bedient. In diesen Einkommensklassen liegt Zürich auf den Spitzenplätzen der Rangliste – je nach Zivilstand und Anzahl Kinder zwischen dem 3. und dem 8. Rang. Weniger gut bedient sind die Reichen. Sie bezahlen überdurchschnittlich viel Steuern, ebenso die ganz Armen. Absolute Spitze ist fast in allen Kategorien der Kanton Zug. Weit vorn rangieren auch Nid-, Obwalden und Schwyz.

Wie viel Steuern Zürcherinnen und Zürcher tatsächlich bezahlen müssen, hängt hauptsächlich von zwei Faktoren ab: von ihrer Wohngemeinde und der Höhe ihres Lohnes. Im ungünstigsten Fall ist ihre Steuerbelastung so hoch wie in den Steuerhöhlen der Schweiz: Bern, Solothurn und Neuenburg. Ungünstig ist es etwa, wenn man mehr als eine Million Franken verdient und in Rifferswil im Säuliamt wohnt. Am günstigsten fährt man in Kilchberg. Dort sind die Steuersätze mit jenen im Kanton Zug vergleichbar.

Hohe Unternehmenssteuern

Moderat ist im Kanton Zürich auch die Vermögenssteuer, hier belegt Zürich im Landesdurchschnitt sogar Rang 6. Allerdings dürfen die Vermögen nicht zu hoch sein. Ab einer Million Franken steigen die Steuersätze in Zürich stark an. Ganz anders sieht es bei den Unternehmenssteuern aus. Dort ist der Kanton Zürich im letzten Jahr sogar noch um einen Rang zurückgefallen und liegt nun nur noch auf Platz 22. Einziges Trostpflaster für den Zürcher Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP): Die direkten Konkurrenzstandorte Basel-Stadt und Genf schneiden noch schlechter ab.

Daniel Schneebeli